

Vertrauenskrise zwischen Politik und Finanzwirtschaft

Raettig geißelt Regulierungssammelsurium – Banken werden überfordert – Leerverkäufe nicht verteufeln

Von Norbert Hellmann, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 19.5.2010

Ein Sammelsurium von Regulierungsinitiativen droht die Branche zu überfordern. Der Dialog zwischen Politik und Bankenwelt scheint im Zuge der Aufarbeitung der Finanzkrise gestört. Auf der einen Seite zwingt politischer Druck zu schnellen Lösungen, auf der anderen Seite aber arbeitet man auf das Ziel eines neuen, stabileren Finanzsystems hin, das jedoch nicht unter Zeitdruck geschaffen werden kann, wenn es im Ganzen funktionieren soll. Solche Widersprüche sind Ausdruck einer „strammen Vertrauenskrise zwischen Politik und Finanzwirtschaft“, meint der Aufsichtsratsvorsitzende der Morgan Stanley Bank AG, Lutz Raettig: „Wenn man sieht, wie der Dialog nicht mehr funktioniert, ist das besorgniserregend“, so Raettig am Dienstag auf einer Konferenz der Frankfurt School of Finance & Management.

Kapazitätsengpässe

Mit dem sich jetzt abzeichnenden Fahrplan für die Verabschiedung von Regulierungspaketen seitens der EU und dem G 20-Gipfel in Korea im Juni sowie der Verschärfung der Eigenkapital- und Liquiditätsregeln seitens des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht werde ein Handlungsdruck aufgebaut, der nur noch schwer abzufangen sei, betont Raettig. Das gleichzeitige Auftreten der Reformprojekte überfordere die Banken und sei kontraproduktiv. Allein bei der IT-Umstellung auf regulatorische Anforderungen stoße man auf Kapazitätsengpässe, die bei-

spielsweise eine gezielte Weiterentwicklung von Risikomanagement-Techniken behinderten.

Raettig, der in seiner Eigenschaft als Präsidiumssprecher der Finanzplatzvereinigung Frankfurt Main Finance gerne als Mr. Finanzplatz bezeichnet wird, lobt zwar, dass sich die Politik in Sachen Folgeabschätzung von Regulierungsmaßnahmen der Restriktion sogenannter Impact Studies (Auswirkungsstudien) unterworfen hat, doch würden diese Bemühungen nicht ausreichen. Es bedarf seiner Überzeugung nach nämlich anschließend einer zweiten Phase der Folgeabschätzung, um die Regulierungsmaßnahmen in ihrer Wirkung aufeinander abzustimmen.

Da die Reform der Baseler Eigenkapitalsystematik nach einer derzeit laufenden Impact Study bis zum Dezember festgezurrert werden soll, bleibt keine Zeit für eine Abschätzung der Interdependenzen mit anderen aufsichtlichen Maßnahmen. Raettig hofft allerdings, dass diesem Manko mit einer entsprechenden Flexibilität oder zeitlichen Staffelung des Inkrafttretens der Regeln entgegengewirkt werden kann. Dabei spielten nicht zuletzt Wettbewerbsaspekte zwischen europäischen und amerikanischen Banken eine Rolle – nachdem kürzlich mit Blick auf transatlantische Unstimmigkeiten eine vorläufige Aussetzung der Regelverschärfung für die Kapitalunterlegung von Wertpapiergeschäften im Handelsbuch der Banken beschlossen wurde.

Ein Facette des gestörten Dialogs zwischen Finanzwirtschaft und Politik sind für Raettig die immer schärferen Forderungen einer Unterbindung von „schädlicher Spekulation“ via Kreditderivate und Leerverkäufe.

Eine kurzfristige Aussetzung von Leerverkäufen könne in bestimmten Marktphasen zwar sinnvoll sein. Raettigs Auffassung nach darf man aber nicht vernachlässigen, dass diese oft auch zur Beruhigung der Märkte führen, indem sie stets eine Gegenbewegung erzeugen.

Hier widerspricht ihm der Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung Hans-Werner Sinn im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Er hält Leerverkäufe per se für destabilisierend und ein Übel, weil sie Bewegungen erzeugen, die es sonst am Markt nicht gäbe. Bei Leerverkäufen würden Marktteilnehmer durch ihre Aktionen Kurse im eigenen Sinne beeinflussen, betont Sinn. Demgegenüber seien Terminverkäufe zu Spekulationszwecken unbedenklich, weil es zu keiner eigenen Marktbeflussung komme.

Ablenkungsmanöver

Einig sind sich die Diskutanten, darunter auch Christopher Pleister, Mitglied des Leitungsausschusses Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin), allerdings in der Einschätzung der jetzt von der Regierungskoalition befürworteten Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Eine solche sei rein fiskalbeziehungsweise verteilungspolitisch motiviert und trage nicht zur Verbesserung der Regulierung von Finanzinstituten und der Finanzmarktstabilität bei. Sinn spricht von einem reinen Ablenkungsmanöver. Mit Blick auf die Krise der Finanzmärkte sei eine Transaktionssteuer jedenfalls keine Lösung, pflichtet ihm Pleister bei, sie diene lediglich als Einnahmequelle.